

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

63. Jahrgang

Leipzig, den 14. Oktober 1925

Nummer 82

Zur Streikbrecherfrage in Schriftgießereien

Der Schiedsspruch für das Schriftgießereigewerbe vom 19. September d. J., der zwar keineswegs eine befriedigende, aber immerhin doch eine Möglichkeit zur Beendigung des langen und ockerreichen Kampfes gegeben hat, ist inzwischen beiderseitig anerkannt worden. Zwar haben zunächst die Inhaber der Schriftgießereien Schelter & Giesecke in Leipzig, Berthold in Berlin, Stempel und Bauer in Frankfurt a. M., Klingspor in Offenbach und Genssch & Seyse in Hamburg aus dem Schiedsspruch sich noch allerhand einseitige Rechte herausgenommen und dadurch eine objektive und sinngemäß auf loyale Beendigung des Kampfes abzielende Durchführung des Schiedsspruchs leider teilweise stark in Frage gestellt. Alle übrigen Schriftgießereibesitzer aber, die etwa 70 Proz. der gesamten Schriftgießereiarbeiterschaft beschäftigen, haben sich, abgesehen von kleinen Nachhülfskläufeleien, auf den Boden des Schiedsspruches gestellt und sind nun gemeinsam mit der in die Betriebe wieder fast restlos zurückgekehrten Arbeiterschaft bemüht, ihre Produktion in altbewährter Güte und Menge in Gang zu bringen. Soweit bei den genannten Firmen in Berlin, Frankfurt a. M., Offenbach und Hamburg noch eine erhebliche Passivität in dieser Richtung in Frage kommt, ist anzunehmen, daß der nach dem Schiedsspruch als Endtermin für die Wiedereinstellung vorgesehene und näher rückende 21. Oktober eine wesentliche Abschwächung der noch vorhandenen Differenzpunkte bringen wird, so daß sich nach diesem Tage die Sonderchiedsgerichte nur noch mit verhältnismäßig wenig Streitfällen dieser Firmen zu befassen haben werden.

Leider setzt auch diesmal wieder die Firma Schelter & Giesecke in Leipzig einer im Interesse beider Teile liegenden Beendigung des Konflikts die größten Schwierigkeiten entgegen. Bei ihr hat überhaupt noch keine Wiederaufnahme der Arbeit seitens des ordentlichen Personals stattfinden können, weil sich die Herren Giesecke in Leipzig zunächst dem Schiedsspruch gegenüber ganz eigenartig verhielten und alle ihnen nötig erscheinenden Modifikationen bzw. „Verbesserungen“, die jedoch nur als Verschlechterungen für die Arbeiterschaft beurteilt werden könnten, erst nach Wiederaufnahme der Arbeit durchgeführt werden sollten. Dieser Gefahr, die einer Anerkennung tarifwidriger Verhältnisse gleichgekommen wäre, konnten sich selbstverständlich die Streikenden nicht aussetzen und sie führen daher den Kampf in geschlossener Weise fort. Mehrere Verhandlungsversuche blieben ebenfalls ergebnislos; ob der darauffolgende zur Entscheidung angerufene und am heutigen Tage darüber verhandelnde Schlichtungsausschuß in Leipzig zu einer Verständigung führen wird, bleibt noch abzuwarten. Höchste Zeit wäre es, daß auch die Firma Schelter & Giesecke in Leipzig sich endlich der Worte eines ihrer maßgebenden Organisationsvertreter erinnere, wonach der Streik ein schlechtes Geschäft ist!

Im allgemeinen bildet daher in erster Linie die Frage der Ausschaltung der Streikbrecher in wenigen Schriftgießereien besondere Schwierigkeiten für einen endgültigen Abschluß dieser Bewegung. Da der Einfluß des „Korr.“ auf die Beurteilung aller Fragen im gesamten Buchdruckgewerbe sehr groß ist, und weil uns jetzt schon eine Reihe von Anfragen von Buchdruckereibetrieben bzw. Geschäftsleitungen nach dem Stand der Dinge in dieser oder jener Schriftgießerei vorliegen, sind wir uns auch der besonderen Verantwortlichkeit in dieser Beziehung gegenüber der Öffentlichkeit bewußt. Wir gaben daher auch bisher nur von solchen Erscheinungen im Verhältnis zwischen Schriftgießereibesitzern und der uns näher stehenden Arbeiterschaft an dieser Stelle Kenntnis, von denen wir die sichere Gewißheit ihres tatsächlichen Vorhandenseins hatten und sie im Notfall auch an anderer Stelle vertreten konnten. Darauf ist es

auch zurückzuführen, daß wir im Laufe des offenen Kampfes einigen sogenannten probegesehlichen Berichtigungen Raum gewährten, obwohl wir davon überzeugt waren, daß sie nicht in allen Punkten den Tatsachen entsprachen. Wenn wir sie trotzdem aufgenommen haben, so geschah es nur deshalb, weil sie uns entweder Gelegenheit boten, den eigentlichen Sachverhalt noch näher zu präzisieren als es uns ohne diese Berichtigungen vorher zweckmäßig erschienen war, oder um absichtlich und deutlich zu dokumentieren, daß wir in der Vertretung der uns anvertrauten Interessen der Schriftgießereiarbeiterschaft nur mit unbedingtester Zuverlässigkeit und Objektivität zu handeln bestrebt sind. Infolgedessen blieb auch der „Korr.“ in diesem harten und von Unternehmenseite mit allen nur erdenklichen Irreführungen der öffentlichen Meinung geführten Kampfe eine scharfe Waffe der Streikenden. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, den Ausgang des Kampfes zu einem restlosen Erfolge der streikenden Arbeiterschaft im Schriftgießereigewerbe zu führen, so ist das weder auf einen Mangel an genügender finanzieller Hilfe für die Streikenden, noch auf die Taktik der am Kampfe beteiligten und maßgebenden Organisationsleitungen zurückzuführen, sondern nur auf eine unmoralische Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage einer Anzahl nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, hauptsächlich aus den Metallgewerken, deren Menge im Verhältnis zur Zahl der bei diesem Kampfe beteiligten Arbeiterschaft im Schriftgießereigewerbe leider noch viel zu groß ist.

Wir hatten im Laufe des Kampfes mehrfach Gelegenheit, darauf hinzuweisen, mit welcher Fähigkeit und Rücksichtslosigkeit die Schriftgießereibesitzer jeden Wankelmütigen in ihren Reihen bei der Stange zu halten und jeden, der sich der Organisationsdisziplin nicht länger mehr unterordnen wollte, als charakterlosen Menschen zu bewerten. Solche Feststellungen brachten uns u. a. die „Berichtigung“ des Vereins Deutscher Schriftgießereien e. V., die wir in Nr. 73 abdruckten und erläuterten. Sie gipfelte in der Behauptung, daß in dem Verein Deutscher Schriftgießereien weder ein Vertrag, noch sonstige Verpflichtungen für seine Mitglieder bestehen, der sie von der Despotie einiger weniger Vereinsmitglieder abhängig mache, und daß die Ursache des einmütigen Zusammenhaltens der Mitglieder des Vereins lediglich in dem wohlverstandenen gemeinsamen Interesse liege. Ohne auf die uns vorliegenden Beweise anderer Art einzugehen, beurteilten wir den Sinn dieser Berichtigung als eine offizielle Ungültigkeitserklärung aller etwa trotzdem bis dahin vorhandenen konventionellen und materiellen Verpflichtungen, auf die sich im Laufe des Kampfes Vertreter von Schriftgießereien in den verschiedensten Orten bei Auseinandersetzungen über Möglichkeiten der Beendigung des Kampfes berufen hatten. Wir ließen die Frage der Richtigkeit aller diesbezüglichen Behauptungen offen und nahmen den Inhalt und Sinn dieser offiziellen „Berichtigung“ als vom Tage ihres Einganges (9. September) bei uns als der Wahrheit entsprechend hin. Erkreuzlicherweise war dann innerhalb weniger Tage auch die Möglichkeit gegeben, zu einem Abschluß des Kampfes zu kommen. Leider war dieser Abschluß kein solcher, der auch für die Arbeiterschaft das einmütige Zusammenhalten als unerlässliches Fundament einer höheren moralischen Stufe jeder wirtschaftlichen und sozialen Organisation restlos anerkannte. Es wurden für die Formulierung des entscheidenden Spruches durch den Schlichter von dem Verein Deutscher Schriftgießereien Bestimmungen durchgesetzt, die einen besonderen Schutz von Verrätern der Arbeiterschaft und eine absichtliche Schädigung der von diesen Streikbrechern verdrängten organisierten Schriftgießereiarbeiter bedeuteten. Das von den Schriftgießereibesitzern durch ihren Syndikus in der Berichtigung vom 9. September (Nr. 73 des „Korr.“) als Ehrensache beurteilte „einmütige Zusammenhalten“ der Streikenden wurde unter 3b des Schiedsspruches mit der Strafe der absichtlichen Ausschaltung von der Wiedereinstellung insoweit belegt, als

Verräter und Streikbrecher inzwischen ihre Stellung besetzt hatten und von den Firmeninhabern als würdig befunden wurden, auch fernerhin noch Verrat ihrer Klassengenossen in Schriftgießereien zu betreiben.

Daß ein solches Messen mit zweierlei Maß von der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft niemals anerkannt werden kann, dürfte wohl bei nur wenig Nachdenkern über die moralische Tragkraft solcher Grundsätze von den Schriftgießereibesitzern innerlich als selbstverständlich erkannt werden. Wenn trotzdem der Schiedspruch im ganzen von der Mehrheit der Arbeiterschaft im Schriftgießereigewerbe angenommen wurde, so geschah dies teils unter der Not als wirtschaftlich schwächerer Teil, teils in der bestimmten Erwartung, daß dieser entscheidende Teil des Schiedspruchs in Schriftgießereibesitzerkreisen in der Praxis keine ernstliche Gefolgschaft finden dürfte. Wir sprechen hier absichtlich von einem entehrenden Teil des Schiedspruchs, und zwar in dem Sinne, daß der entehrende Charakter der betreffenden Bestimmungen nur für jene Seite gelten kann, die davon absichtlich und ohne zwingenden Grund Gebrauch macht. Erfreulicherweise ist diese Tendenz auch von Anfang des Kampfes an nur in sehr beschränktem Maße auf Unternehmerseite in Erscheinung getreten. Die übergroße Mehrzahl der Firmeninhaber hat es vornherein vermieden, sich das bisherige Ansehen ihrer Firmen von Streikbrechern verschandeln zu lassen. Nur die schon eingangs erwähnten Firmen haben sich in dieser Richtung auf ein abschüssiges Gleis drängen lassen und sind dadurch in eine Abhängigkeit von Streikbrechern geraten.

Obwohl zu erwarten ist, daß bis 21. Oktober die Zahl dieser Elemente in einzelnen Schriftgießereibetrieben wesentlich reduziert sein dürfte, glauben wir doch im Interesse einer geordneten Zusammenarbeit innerhalb der Betriebe und einer möglichst raschen Überwindung der allgemeinen schweren Verluste durch den elendlichen Stillstand der Betriebe an dieser Stelle noch ein ernstes Wort dafür einlegen zu sollen, daß auch der letzte dieser dunklen Ehrenmänner aus den Betrieben entfernt wird. Denn offenkundige und bewußte Verräter an den Interessen ihrer Klassengenossen können auf keinen Fall als empfehlenswerte Glieder einer gesunden Wirtschaftsentwicklung angesehen werden. Ihre fernere Tätigkeit und Anwesenheit in einem Betriebe bietet keine Möglichkeit zu reibungsloser und ersprießlicher Zusammenarbeit. Nur der Gott gehorchend und nicht dem freien Willen und damit dem wirkungsvollsten Impuls zur Freude an der Arbeit und bester Leistungsfähigkeit folgend, muß und wird sich das innere Leben in solchen Betrieben stets in einer gewissen Schwüle abwickeln, wo Streikbrecher als Verräter ehrlicher Arbeiter besonderen Schicksal genießen. Alle verschärfen und auch kostspieligen Kontrolleneinrichtungen und nicht minder scharfsinnig ausgelegte Akkordbedingungen werden niemals ersetzen können, was ein auf gegenseitiger Achtung im Rahmen kollektiver Pflichten und Rechte beruhendes Arbeitsverhältnis aus innerer Kraft aus sich selbst heraus schaffen kann. Was scheinbar materiell an Lohn gespart und moralisch an Herrschaftsrecht bei solchen Arbeitsverhältnissen gewonnen wird, verschleibt sich in Wirklichkeit nur auf andre unproduktive Betriebskosten; wandelt sich unsichtbar, aber doch fühlbar in unzählige Partikelchen persönlicher Anlust mit hemmender Wirkung; weber die Betriebsinhaber noch die letzten Hilfskräfte von ihrer zerkleinernden Wirkung verschonend, eine frostige Atmosphäre in und um die Betriebe verbreitend, die sich auf das öffentliche Ansehen der Firmen wie ein Rauchfahnen legt. Alles verhärtet sich, ein gegenseitiges Vertrauen und Hand-in-Hand-Arbeiten kann und wird nicht aufkommen, wo Streikbrechern, die nur ernten wollen, wo andre gesät haben, die Stellen früherer ehrlicher und fleißiger Mitarbeiter überlassen bleiben. Wollen die wenigen noch in Frage kommenden Schriftgießereibesitzer diesen Makel von ihren Betrieben fernhalten, dann müssen sie die Streikbrecher aus ihren Betrieben entfernen; sie sollten in den früheren Mitarbeitern, die treu in Reih und Glied im Kampfe ausgehalten haben und keiner Verlockung zum Opfer gefallen sind, keine Feinde mehr erblicken, sondern charaktervolle Männer, die während des Kampfes zu ihrer Sache und ihren Kollegen ebenso treu und fest gestanden sind, wie es die Schriftgießereibesitzer selbst von sich und ihren Kollegen während des Kampfes als Ehrensache beurteilt und hochgehalten haben! Daß der überaus größte Teil der deutschen Schriftgießereibesitzer dieser Auffassung von Anfang an den Vorzug gegeben hat, haben wir schon hervorgehoben. Daß nur wenige von ihnen, und zwar jene, von denen wir und die gewerkschaftliche Allgemeinheit bisher annehmen konnten, daß sie in einwandfreier Weise am widerstandsfähigsten sein und daher auch weit weniger zu Rettungsversuchen mit Streikbrechern ihre Zuflucht nehmen würden, dies nicht vermeiden haben, glauben wir als einen Fehler zu bezeichnen zu müssen, der nur dadurch wieder einigermaßen wettgemacht werden könnte, daß auch sie jetzt noch beweisen, daß ihre Leistungsfähigkeit nicht geringer ist als jene aller übrigen Schriftgießereibesitzer, und daß sie nicht die Absicht haben, für die Zukunft das Ansehen ihrer Firmen mit dem Odium von Streikbrecherleistungen zu belasten.

Kapitalrente und Arbeitslohn

Im Organ der deutschen Schwerindustrie, der „Deutschen Bergwerkszeitung“, erschien kürzlich ein volkswirtschaftlicher Leitartikel unter dem Titel „Kapitalrente und Wirtschaft“. Der Leitartikel des Artikels ist: der Kapitalist. Es soll der Beweis erbracht werden, daß nichts wichtiger ist als die „fürsorgliche Behandlung“ des Kapitals. Selten hat sich der Geist des Kapitalismus so unerbittlich offenbart wie in diesem Aufsatz, der ohne Zweifel die Meinung vieler kapitalistischer Kreise widerspiegelt. So möchten wir einige schöne Sätze daraus unsern Lesern nicht vorenthalten und eigne kurze Bemerkungen daranknüpfen.

Gleich an die Spitze der Ausführungen wird der Satz gestellt: „Selbstverständlich haben die Kapitalgeber einen privilegierten Anspruch auf Vorausstellung vor allen andern am Produktionsprozess beteiligten Faktoren, da sie ja durch die Vergabe ihres Kapitals das Unternehmen erst geschaffen und somit der Arbeiterschaft ihre Existenzmöglichkeit durch die Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft gegeben haben.“ Diese vorsichtsvolle Behauptung von der Produktion aus Gnade des Kapitalisten, der die Arbeitsgelegenheit schafft, findet sich also hier wieder. Als ob Kapital nicht ein totes Ding ohne die Arbeit wäre, ohne welche der Kapitalist auch im Besitz seiner sämtlichen Schätze verkommen würde. Nicht das Kapital, sondern die Arbeit hat einen privilegierten Anspruch auf Vorausstellung vor allen am Produktionsprozess teilnehmenden Faktoren. Die Forderung, daß die Löhne und Gehälter als erste Belastung der Produktion vor allen andern Kostenelementen derselben gehen, entspricht der elementarsten Gerechtigkeit.

Unmittelbar darauf folgt der schöne Satz: „Es muß mit der marxistischen Vorstellung, als ob eine Fabrik ein soziales Wohlfahrtsinstitut wäre, aufgeräumt werden. Ein Wirtschaftsbetrieb ist ein rein privates Erwerbsunternehmen, das ganz und ausschließlich des Erwerbes wegen betrieben wird.“ Wo hat der Verfasser Marxismus gelernt? Ein Marxist sagt gerade das Gegenteil dessen, was ihm der Verfasser zumutet. Der Marxist weiß nur zu gut, daß die sich in Privateigentum befindende Fabrik alles, nur kein soziales Wohlfahrtsinstitut für die Arbeiter ist und ausschließlich dem Gewinnstreben des Unternehmers dient. Es sind nur die Unternehmer, die diese Tatsache oft vermissen möchten, wenn sie sich als Hüter des Gemeinwohles ausgeben. Der Verfasser verfällt allerdings nicht in diesen Fehler; er sollte aber auch den Marxisten nicht zumuten, daß sie in den gegenwärtigen Fabriken „Wohlfahrtsinstitute“ sehen.

Anschließend daran wird gesagt: „Nur wenn dieser Zweck (das heißt der Erwerb) erreicht wird, hat der Wirtschaftsbetrieb eine Existenzberechtigung, nur für diesen Fall hat die Arbeiterschaft berechtigten Anspruch auf Brot und Lohn.“ Eine vernichtendere Kritik des Kapitalismus, als sie in diesem Satz enthalten ist, könnte man sich schwer vorstellen. Eine Wirtschaftsordnung, wo der Betrieb nicht deshalb da ist, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um dem Kapitalbesitzer Gewinn zu bringen und wo der Anspruch der Arbeiter auf Lohn und Brot sich aus dem Gewinn, den diese für den Unternehmer erarbeiteten, herleitet — scharfer kann man die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht charakterisieren.

„Die Höhe der Arbeiterlöhne und Angestelltenbezüge wird also in erster Linie bedingt durch das Erfordernis einer angemessenen Verzinsung des investierten Kapitals“, so lautet der nächste privatkapitalistische Glaubensartikel. Was ist „angemessene Verzinsung“? Wer soll ihre Höhe bestimmen? Das Bankkapital, dessen Zinspolitik vom Verfasser selbst bekämpft wird? Muß die angemessene Verzinsung auf Kosten der Löhne und Gehälter erzielt werden, oder gibt es auch andre Möglichkeiten dafür?

Nachdem der Verfasser die „berechtigte Vorausstellung“ des Kapitals nochmals betont hat, schreibt er, daß die Kapitalrente ohne Lohndruck oft nicht erzielt werden kann. Er tröstet die Arbeiter damit, daß auf die Dauer der übermäßige Lohndruck nicht beibehalten werden kann. Wenn sich eine „angemessene Kapitalrente“ nur herauswirtschaften läßt durch zu starken Druck auf das Arbeitsentkommen der Arbeiterschaft, so werde diese in andre, besser entlohnte Arbeitsgelegenheiten abwandern. Es wäre um die Lage der Arbeiterschaft schlecht bestellt, wenn sie sich gegen Lohndruck nur durch Abwanderung in andre, besser entlohnte Industriezweige schützen könnte. Es ist hier nicht der Ort, auseinanderzusetzen, wie schwer sich eine solche Abwanderung unter der Herrschaft des Monopolkapitals und den allgemeinen Schwierigkeiten der Auswanderung bewerkstelligen läßt.

„Es ist ein Ding der Unmöglichkeit“, heißt es weiter, „daß der Arbeiter auf Kosten des Kapitals unveränderte oder sogar erhöhte Entlohnung erzwinge.“ Der Verfasser will das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht durch Lohn erhöhungen beeinträchtigen lassen. Die Erhöhung der Löhne auf Kosten des Kapitalgewinns ist, weit davon unmöglich zu sein; eine Tatsache, auf welche die Existenzberechtigung der Gewerkschaften zum großen Teil begründet ist. Als Beispiel soll nur der Ausgang des englischen Bergarbeiterkonfliktes herangezogen werden. Dieser erfolgte unter den denkbar ungünstigsten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Politisch regiert eine feste konservative Mehrheit, wirtschaftlich aber ist eine arge Absatzkrise für Kohle vorhanden. Durch die geringe Macht der Gewerkschaften wurde erreicht, daß die bisherigen Bergarbeiterlöhne der Krise nicht zum Opfer fielen. Der berühmte liberale Wirtschaftspolitiker Professor Keynes schreibt in einem jüngsten Heft der Zeitschrift „The Nation“: „Eine Krise heraufzubewahren und dann deren Folgen allein den Arbeitern aufzubürden, war in früherer Zeit, als die Gewerkschaften noch schwach waren, möglich, heute aber nicht mehr. Die öffentliche Meinung hielt es mit den

Bearbeitern, welche Opfer wirtschaftlicher Kräfte sind, die nicht sie, sondern andre in Bewegung setzen." In bezug auf das Kräftepiel von Angebot und Nachfrage sagt aber Keynes: „Die Gewerkschaften sind (in England) stark genug, das freie Spiel der Kräfte von Nachfrage und Angebot nicht ohne weiteres walten zu lassen.“ Die Bestrebungen der Gewerkschaften sind in erster Linie darauf gerichtet, den Anteil der Arbeit an dem Ertrag im Rahmen des Sozialproduktes zu steigern, und es kommt vor allem auf ihre Macht und Stärke an, wie weit sie das zu erreichen vermögen.

Freilich darf das Argument der Notwendigkeit der Kapitalneubildung auch hier nicht fehlen. „Die Rentabilität eines Unternehmens muß außer dem erforderlichen Betriebskapital auch die Neubildung von Kapital ermöglichen,“ also schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Zu diesem Punkt muß man wieder fragen: Ist es unbedingt notwendig, die Kapitalneubildung durch Lohndruck zu erreichen? Unfres Erachtens gibt es eine Anzahl besserer Mittel dazu, wie Rationalisierung der Betriebe und Ersparnisse der breiten Schichten der Bevölkerung aus ihrem Lohn- und Gehaltsinkommen. Auch muß man angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre mit neuem Nachdruck darauf hinweisen, wie unverantwortlich die neugebildeten Kapitalisten zum Verderben der Volkswirtschaft verwalktet wurden.

Zuletzt möchten wir noch den unterhaltendsten Teil des Aufsatzes, wo sich der Verfasser mit den Ideen, die er als Marxismus bezeichnet, auseinandersetzt, zum besten geben. „Der marxistische Grundsatz“, heißt es dort, „durch vollständiges Erfassen und gerechtes Verteilen der vorhandenen Gütermengen eine Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung herbeiführen zu wollen, ist irrig. Aus drei Gründen: Einmal, weil ja der Anteil des einzelnen an den Erträgen der Gesamtwirtschaft nur dann in Wirklichkeit wachsen kann, wenn eben eine größere Gütermenge zur Verteilung da ist. Das andre Mal, weil zu einer sogenannten vollständigen Erfassung und Verteilung der Güter ein umfangreicher öffentlicher Apparat notwendig ist, der durch die Bedürfnisse seiner eigenen Unterhaltung den Anteil des einzelnen wieder weitgehend herabmindert. Drittens ist die Verwirklichung der marxistischen Weisheit nur durch volle Enteignung des Kapitals möglich. Es würde also in Wahrheit keine allgemeine Erhöhung des Anteils der einzelnen stattfinden, sondern nur eine Verschiebung der Anteile der einzelnen Wirtschaftseinheiten innerhalb einer Volkswirtschaft. Diese könnte aber um deswillen nur fragwürdigen und kurzfristigen Charakter haben, weil ja durch die Enteignung des Kapitals eine Kapitalnot eintreten müßte, die die ständige Ergänzung und Neuschaffung der für die Bedürfnisbefriedigung der gesamten Bevölkerung erforderlichen Gütermenge unmöglich machen würde.“ Das nicht mehr verteilt werden kann, als erzeugt wird, ist eine Weisheit, welche den Sozialisten ebenso bekannt ist wie dem Verfasser. Erstere fordern nur die gerechte Verteilung der vorhandenen Gütermenge. Was den umfangreichen öffentlichen Apparat anlangt, so wäre es besser, wenn die „Bergwerkszeitung“ mit diesem Argument zurückbliebe. Hat sich nicht erst jetzt gezeigt, daß die von der Schwerindustrie so gepriesenen Konzerne einen hochaufgeblähten Verwaltungsapparat von Aufsichtsräten und Generaldirektoren haben, welcher einen übermäßigen Teil der Verwaltungskosten auftrifft? Daß aber durch die Enteignung des Kapitals eine Kapitalnot eintreten müßte, ist eine laienhafte Auffassung, die der vollständigen Unkenntnis der sozialistischen Wirtschaftsidee entspringt. Die für die Fortführung der Wirtschaft nötige Kapitalbildung muß und kann in einer sozialistischen Wirtschaft ebenso vorhanden sein als in einer kapitalistischen. Die Frage ist nur, wer die Verfügungsmacht über die Kapitalien hat? Soll diese bei den Privatkapitalisten bleiben, die damit in eigenem Gewinninteresse handeln und walten, oder aber der Gesellschaft übertragen werden, damit sie diese zur Befriedigung der Bedürfnisse verwendet? Diese Frage wird vom Sozialismus gestellt.

A. S.

Hilfe für die Heimarbeiter

Der letzte Gewerkschaftskongress hat ein erfreuliches Bild gegeben von der Übereinstimmung in den Meinungen der Delegierten bei nahezu allen Fragen, die auf dem Kongress zur Beratung und zur Abstimmung gekommen sind. Diese Übereinstimmung berechtigt zu der Annahme, daß auch die übrigen Gewerkschaftsmitglieder sich ganz besonders an die gefassten Beschlüsse gebunden und verpflichtet fühlen, sich für sie einzusetzen.

Es wäre erfreulich und für die gesamte Arbeiterschaft von großem Vorteil, wenn diese Verpflichtung auch gegenüber der **Entschleunigung** zur Heimarbeit anerkannt werden würde, die auf dem Kongress einstimmig angenommen worden ist. Die Entschleunigung lautet:

Die letzte Heimarbeiterausstellung hat bewiesen, daß auch heute noch Heimarbeit vielfach Glensarbeit ist, daß immer noch zahlreiche Arbeitskräfte in endloser Arbeitszeit in der Heimarbeit sich abmühen und doch nicht einmal so viel verdienen, um sich und ihre Familie sattmachen zu können.

Die Heimarbeiterausstellung hat ferner gezeigt, daß zwar durch die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen, manchmal auch mit Hilfe der auf Grund des Hausarbeitsgesetzes gebildeten Sachauschüsse verhältnismäßig günstige Lohnsätze mit verbindlicher Kraft für die Heimarbeit geschaffen worden sind, daß aber in zahlreichen Fällen trotzdem erhebliche niedrigere Löhne gezahlt werden und daß nur selten in der Heimarbeit tätige Arbeitskräfte es wagen, die tarifliche Bezahlung zu verlangen oder sie einzufordern.

Die Ursache hierfür ist die ungeheuer große Konkurrenz unorganisierter Arbeitskräfte in der Heimarbeit, deren Mehrzahl verheiratete Frauen bilden, die Heimarbeit als willkommene Füllarbeit ausüben und sich deshalb mit geringerem Verdienst begnügen als diejenigen Frauen und Männer, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder allein durch Heimarbeit erwerben müssen.

Unter den unorganisierten Heimarbeiterinnen, die diese Schmutzkonkurrenz betreiben, sind viele Frauen und Töchter organisierter Arbeiter, die für sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation die Pflicht anerkennen, an dem Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

Alle Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens in den Kreisen ihrer Arbeits- und Klassengenossen als eine moralische Pflicht. Diese Verpflichtung schließt auch das Wirken für den Solidaritätsgedanken in der eigenen Familie ein, wie es frühere Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse schon wiederholt zum Ausdruck gebracht haben.

Der zwölfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erneuert diese früheren Beschlüsse und fordert alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, in Zukunft mehr als bisher dahin zu wirken, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich der für ihren Berufszweig zuständigen Gewerkschaft anschließen und die von der Gewerkschaft abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt einhalten.

Ähnliche Beschlüsse sind schon wiederholt auf Gewerkschaftskongressen gefaßt, leider aber von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht genügend beachtet worden. Vielleicht ist dies unterlassen worden, weil die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder an die Organisierbarkeit der Heimarbeit verrichtenden Frauen nicht glaubte und auch nicht daran glaubte, daß die Arbeitsbedingungen in dieser, so ganz besonders stark der Konkurrenz und Unterbietung ausgesetzten Arbeitsart sich mit gewerkschaftlichen Mitteln werden regeln und bessern lassen.

Daß diese Auffassung falsch ist, haben die Erfolge bewiesen, die in bezug auf Regelung der Arbeitsbedingungen der Heimarbeit bereits erzielt worden sind, und die auf der Heimarbeiterausstellung im Frühjahr dieses Jahres öffentlich und deutlich gezeigt werden konnten. Auch die Erfahrungen, die bereits mit dem am 1. Juli 1923 in Kraft getretenen Heimarbeiterlohngesetz gemacht worden sind, zeigen, daß das Gesetz den Gewerkschaften wohl helfen kann, Lohnregelungen auch für die Heimarbeit zu treffen, daß es aber bei gänzlichem Fehlen gewerkschaftlichen Einflusses unwirksam bleiben muß.

Heimarbeit ist heute nicht mehr in dem Umfange Glensarbeit wie vor 20 Jahren. Sie ist es trotzdem aber mehr, als von der organisierten Arbeiterschaft, die mit Heimarbeitern in Berührung kommt, verantwortet werden kann.

Vielmehr bestehen auch für Arbeitsleistungen, die in der Heimarbeit verrichtet werden, Tarife, die mit Hilfe der auf Grund des Heimarbeiterlohngesetzes gebildeten Sachauschüsse rechtsverbindliche Kraft erhalten haben. Mit Rücksicht auf die große Zahl unorganisierter und Heimarbeit nur als Füllarbeit verrichtender Frauen aber wagen heute selbst organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen häufig nicht, die ihnen zustehende Bezahlung zu verlangen. Dadurch aber werden nicht nur die einzelnen Arbeitskräfte geschädigt, sondern es leidet darunter die Gesamtheit und es leidet das Ansehen der Organisationen, die an solchen Abschlüssen beteiligt sind.

Auch daran sollten die organisierten Arbeiter denken, deren Angehörige Heimarbeit verrichten. Sie sollten ferner bedenken, daß auch ihr Streben nach besserer Arbeits- und Lohnbedingungen, dem sie Ausdruck geben durch ihre Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, um so eindringlicher zum Ausdruck kommt, je mehr sie durch ihr persönliches Verhalten — und dazu gehört ihr Verhalten in der Familie — zeigen, daß es ihnen ernst ist mit ihrem Eintreten für gewerkschaftliche Forderungen.

Die einstimmig auf dem Gewerkschaftskongress angenommene Entschleunigung zur Heimarbeiterfrage mahnt die organisierte Arbeiterschaft aufs neue an ihre Pflicht, unter Hinweis auf die Schädigungen, die bei Unterlassung, und auf die Vorteile, die bei Erfüllung dieser Pflicht der gesamten Arbeiterschaft erwachsen.

Möge die Mahnung diesmal nicht vergebens gewesen sein.

Gertrud Hanna.

Korrespondenzen

H. Bamberg. Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 6. September in Lichtenfels statt. Die Beteiligung war eine sehr gute, denn weit über 50 Kollegen hatten sich, teils mit ihren Frauen, allein von Bamberg eingefunden. Von Lichtenfels waren 3, von Kronach 14, von Staffelstein 3, von Nordhalben ein Kollege erschienen. In seinem kurzen Rückblick konnte der Vorsitzende von Bamberg nur Gutes berichten. Infolge der guten Konjunktur sei die Bamberger Mitgliederzahl von 80 auf 105 gestiegen. Mit großer Mehrheit wurde sodann der Antrag des Vorsitzenden Heinrich Häubinger, endlich auch einmal einen Bezirksbeitrag zu erheben, dahin formuliert und zum Beschluß erhoben, daß ab Oktober d. J. ein Bezirksbeitrag von 10 Pf. pro Woche zu leisten ist. Dem Gedanken des lieben Kollegen Schliebs, der so außerordentlich verdientvoll gewirkt, wählte die Versammlung ein kurzes Gedächtnis. In Lichtenfels stehen zwei Verbandsmitgliedern vier Nichtmitglieder gegenüber. Die tariflichen Verhältnisse sind auch hier gute zu nennen; die Bezahlung teilweise bis zu 10 M. über Tarif

In Staffelstein stehen drei Verbandsmitglieder. Auch dort wird über Tarif bezahlt. Das gleich Erfreuliche konnte der Kollege von Nordhalben berichten. In Kronach stehen 18 Kollegen, wovon 14 erschienen waren. Auch in Kronach wird teilweise über Tarif bezahlt. Gäste waren von Mürnberg, Koburg und Weimar erschienen. Das Referat hatte unser zweiter Gauvorsitzender August Döbling (München) übernommen. Es war betitelt: „Gewerkschaftliche Tagesfragen“, und seine tiefstehenden, überzeugenden Ausführungen wurden vielfach von Beifall unterbrochen. In der sich anschließenden sehr regen Aussprache gab der Referent die gewünschten Klärungen und betonte in seinem Schlusswort, daß die wenigsten Kollegen den Anhang des Tarifs kennen. Gerade in diesem Anhang sehe der Kollege, was er leisten muß und was er sich dafür bezahlen lassen muß. Da hapere es leider oft gewaltig. Als nächstjähriger Tagungsort wurde Kronach gewählt, da Kronach dann zugleich das 50jährige Bestehen seines Ortsvereins feiern kann.

Chemnitz. Unsere Bezirksversammlung am 13. September wurde vom Gauvorsitzer Dertel mit einem warmen Nachruf für Kollegen Schliebs eingeleitet. Sodann erstattete Kollege König (Halle) einen Bericht vom Gewerkschaftskongress in Breslau. Seine Ausführungen, die in Anbetracht des zahlreichen Stoffes sehr gedrängt gehalten waren, fanden den ungeheuren Beifall der Versammlung, natürlich mit Ausnahme der Linksradikalen. Es war ein leichtes für den Referenten, die Angriffe der Kommunisten zurückzuweisen. Es geschah zum großen Teil unter Beifall und Heiterkeit der gutbesuchten Versammlung. Unter Punkt „Tarifliches“ fand ein Antrag Annahme, durch den der Vorstand aufgefordert wird, der gegenwärtigen Situation größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und eventuell in der Lohnfrage einen Vorstoß zu unternehmen. Ein weitergehender kommunistischer Antrag verfiel der Ablehnung. Nach der Versammlung fand noch eine Sitzung der Ortsvorstände im Bezirk statt, die ebenfalls einen harmonischen Verlauf nahm.

Dillingen a. d. D. Unsere Versammlung am 11. September war fast vollständig besucht. Außer einigen geschäftlichen Punkten kam die Versammlung zu sprechen auf die dauernd steigenden Preise und geißelte besonders die eingeführten Getreidezölle aufs schärfste. Nach längerer Debatte faßte die Versammlung folgende Resolution: „Die Versammlung des Ortsvereins Dillingen a. d. D. ersucht den Vorstand und die maßgebenden Stellen innerhalb des Verbandes dringend, sofort Verhandlungen anzubahnen, um ein neues Lohnabkommen zustande zu bringen, denn der heutige Lohn hält mit der immerfort steigenden Teuerung nicht mehr Schritt. Schnellste Abhilfe tut not!“ — Am 18. August ehrte der hiesige Ortsverein seine 25jährigen Verbandsmitglieder in einer wirklich schönen Feier. Es kamen folgende Kollegen in Betracht: Wilhelm Bühne (29 Jahre), Julius Grau (26 Jahre) und Johann Nupp (25 Jahre). Der Ortsvorsitzende überreichte jedem Jubililar ein Geschenk im Namen des Ortsvereins. Nach einigen Worten des Dankes ermunterten die Jubilare die jungen Kollegen auf, treu zur Fahne des Verbandes zu halten. Bei den Klängen der Ortsvereinskapelle entfielen die schönen Stunden allzu schnell.

Dresden. In unserer Versammlung am 10. September referierte Kollege Hemmerich (München) über den Breslauer Gewerkschaftskongress und erntete für sein in großen Zügen angelegtes, instruktives Referat reichen Beifall. Einige ganz links gerichtete Kollegen gaben ihrer Unzufriedenheit über die Beschlüsse des Kongresses Ausdruck. In der weiteren Debatte und im Schlusswort des Referenten wurde den „alleinigen Verfechtern proletarischer Forderungen“ das Nötige gesagt. Auch ihr Antrag, einen Angehörigen der Kusendlegation in unserer nächsten Versammlung sprechen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Interne Angelegenheiten beschloß die gutbesuchte Versammlung.

Düsseldorf. Unser Ortsverein veranstaltete sein diesjähriges Johannisfest am 1. August. Mit diesem Fest war auch die Ehrung einer Reihe von Jubilaren verbunden. Der Besuch des Festes war derart stark, daß sich der Saal als zu klein erwies und manche wieder umkehren mußten. Die Festansprache hielt unser Gauvorsitzer Verttram (Köln). Die Ehrung der Jubilare erfolgte durch den Vorsitzenden Schneider, der zunächst des 50jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Karl Hönnissen gedachte, ihm die Glückwünsche von Vorstand, Ortsverein und Festversammlung überbrachte, sodann ein Diplom des Vorstandes überreichte. Außerdem wurde ihm vom Ortsverein ein Geschenk gewidmet. In gleicher Weise vollzog sich die Ehrung des Kollegen Walter Krone, der 25 Jahre lang ununterbrochen Bezirkskassierer des Düsseldorfer Bezirkes ist. Es folgte nun die Ehrung von 43 Kollegen, die auf eine 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft zurückblicken konnten. Ihnen wurden künstlerisch ausgeführte Gedendblätter überreicht. Um den Ehrungsakt schlossen sich mehrere Ansprachen an, die sich auf hohem Niveau bewegten und der Würde des Tages gerecht wurden. Der bunte Teil des Abends brachte so viel des Interessanten, daß alle Teilnehmer das diesjährige Johannisfest noch lange in Erinnerung behalten werden.

Frankfurt a. M. (Korrekturen.) Nach dreimonatiger Pause fand am 6. September eine gutbesuchte Versammlung statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Vortrag des Kollegen Mauff (Leipzig): „Praktische Winke für die Erledigung von Preisrevisionen“. Der Aufbau dieses äußerst lehrreichen Themas, für das an dieser Stelle dem Referenten gedankt sei, zeugte von großer Fachwissenschaft. Selbst der erfahrenste Korrektor konnte sein Wissen durch Mauffs praktische Winke bereichern. Die sich anschließende Aussprache erbrachte den Beweis, daß bei den Frankfurter Korrektoren das Streben nach weiterer Fortbildung nach wie vor besteht. Aufgabe des Vorstandes wird es sein, die nun wieder monatlich stattfindenden Zusammenkünfte durch fach-

wissenschaftliche Themen interessant zu gestalten. An alle Säumnigen und uns noch Fernstehenden ergeht der Appell: Folgt dem Rufe des Vorstandes, besucht die Versammlungen, dadurch arbeitet ihr mit an der Erreichung des Zieles, dem Korrektor als Gegenleistung für sein verantwortungsvolles Amt auch eine entsprechende Entlohnung zu sichern.

Freiberg (Sa.). In unserer Versammlung am 11. September erstattete Gauvorsitzer Hemmerich (München) Bericht vom Breslauer Gewerkschaftskongress. Damit wurde uns etwas Außergewöhnliches geboten. Die Kollegen hatten dies erkannt und waren heinabe vollständig erschienen. Auch der Bezirksort Oberan war trotz der ungünstigen Zeit durch einige Kollegen vertreten. Der Referent brachte zum Ausdruck, daß in Breslau gute Arbeit geleistet wurde. Geistlich hochstehende Referate, die er uns recht anschaulich schilderte, seien geboten worden. Die Versammlung folgte den Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Starke Beifall beehrte den Referenten für seinen trefflichen Bericht. Eine kurze Aussprache schloß sich dem Gehörten an. Es wurden die Kandidaten zur bevorstehenden Krankenkassenwahl aufgestellt. Zu dieser Versammlung waren auch die Vorstände der anderen Gewerkschaften am Orte eingeladen, leider war niemand erschienen. Das Andenken an den verstorbenen Kollegen Schliebs wurde eingangs der Versammlung in gebührender Weise geehrt. Seit Bestehen unseres Ortsvereins haben wir mit 80 Mitgliedern den höchsten Stand erreicht.

Hannover. In unserer Versammlung am 9. September gedachte Vorsitzender Düke zunächst der verstorbenen Kollegen Karl von Daaf, Wilhelm Hübler und des früheren Tarifamtssekretärs Paul Schliebs mit warmen Worten. Nach Mitteilungen lokaler Natur referierte Kollege Erik Runkler (Hamburg) über den Gewerkschaftskongress. Er verstand es, den Kollegen ein Bild von der intensiven Arbeit und den auf hoher Stufe stehenden Referaten des Kongresses zu geben und die wichtigsten Beschlüsse in präziser Form vorzutragen, wofür ihm reichlicher Beifall lohnte. In der Aussprache bemängelte ein Redner, daß der Kongress nicht Stellung genommen habe zu dem Beschluß des Ulmer Genossenschaftstages, der den Arbeitern in den Genossenschaftsbetrieben eine Mehrarbeit von drei Stunden in der Woche und eine Ferienkürzung von einer Woche zumute, außerdem auch das Recht auf Beschäftigung von Amorganierten in den Genossenschaftsbetrieben für sich in Anspruch nehmen wolle. Kollege Runkler erwiderte in seinem Schlusswort, daß es Sache der beteiligten Organisationen sei, gegen solche etwa geplante Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses Stellung zu nehmen. Zum Schluß wurde beschlossen, eine Weihnachtsfeier am zweiten Festtage in den Räumen des „Harkhauses“ abzuhalten.

Heilbronn. Unsere Herbstbezirksversammlung, sehr gut besucht, brachte uns einen idealen, erzieherischen Erfolg. Die Berichte der einzelnen Bezirksdruckorte ließen erkennen, daß es auf tariflichem und fachtechnischem Gebiet gut vorangeht und unter der Kollegenchaft ein geschlossener Einheitswille vorherrscht. Neues und Neuestes der Technik, Sparten- und Lehrlingsabteilung wurden eingehender Betrachtung unterzogen. In dieser Arbeitsstimmung fanden die gehaltvollen Ausführungen unseres Gauvorsitzers Klein (Stuttgart) gut vorbereiteten, aufnahmefähigen Boden. Neben den ausführlichen Berichten über tarifliche Erscheinungen und mutmaßliche kommende Ereignisse fand unser Klein in feurigem Redestrom den richtigen Ton, unser Selbstbewußtsein, Liebe und Vertrauen zu unserer Brotgeberin, der „schwarzen“, „Kunst“, neu zu beleben. Der beiden heimgangenen, bewährten Verbandskollegen Eißler und Schliebs wurde durch Erheben von den Sitzen ehrend gedacht. Die zum ungeschriebenen Gesetz gewordene Einrichtung, daß bei außerordentlichen Versammlungen der Gesangsverein „Gutenberg“ einleitend einen prächtigen Chor erschallen läßt, kam auch in der Bezirksversammlung erfreulicherweise wieder ausdrucksvoll zur Geltung.

Köln. Einem Beschluß der letzten Hauptversammlung des Gauess Rheinland-Westfalen nachkommend, wonach bei Bedarf auch die Bezirkskassierer mit dem Gauvorstand zusammentreten sollen, um über fallende Fragen zu beraten, fand am 13. September in Köln eine Bezirkskassiererkonferenz statt. Erschienen waren neben dem Gauvorstand sämtliche Bezirkskassierer des Gauess. Gauvorsitzer Berttram eröffnete die Konferenz und widmete vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Kollegen Paul Schliebs einen warmen Nachruf, dabei betonte, daß gerade die Kollegenchaft Rheinland-Westfalens dem Kollegen Schliebs zu Dank verpflichtet sei, da es seiner Tätigkeit als Tarifamtssekretär gelungen sei, auch in unserem Gau tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Das Andenken des Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt. Dann hielt Gauverwalter Fritzböller einen interessanten Vortrag über: „Allerlei Beachtenswertes aus der Praxis“. Er stellte eingangs seines Vortrages fest, daß die Bezirkskassierer innerhalb des Verbandes schwere und verantwortungsvolle Arbeit zu leisten hätten, was im allgemeinen nicht so gewürdigt würde, wie es eigentlich erwartet werden müßte. Es sei aber erfreulich, feststellen zu können, daß ein großer Teil der Bezirkskassierer im Gau Rheinland-Westfalen lange Jahre im Amt tätig sei und sich auch durch die schwere hinter uns liegende Zeit nicht abhalten ließ, dem Ganzen zu dienen. Kollege Möller gab dann über die wichtigsten Fragen des Kassenwesens usw. klaren Aufschluß, und die sich an den Vortrag anschließende, äußerst interessante Aussprache bewies, wie nötig die Konferenz war, da in manchen Punkten Unklarheit herrschte. Von allen Kassierern wurde lebhafter Klage geführt, daß immer wieder Kollegen ohne Verbandsbuch ankommen und ohne Verbandsbuch abreisen, wodurch den Kassierern viel Arbeit und den Kollegen bei Konditionsantritt Unannehmlichkeiten entstünden. Diesem Uebelstand müsse mit allen statutarischen Mitteln entgegengearbeitet werden; namentlich die Druckereikassierer müßten die Abreisenden an die Mitnahme des Verbandsbuches erinnern. Die Kon-

ferenz fasste den Beschluß, daß die Ortskassierer im Interesse einer pünktlichen Abrechnung mit dem Bezirkskassierer monatlich abzurechnen haben; die Druckereikassierer hätten je nach den örtlichen Verhältnissen Kontozahlungen zu leisten. Die Ablieferung der Gelder seitens der Bezirkskassierer an die Zentralkasse bzw. Gaukasse habe sobald wie möglich zu erfolgen. Kollege Bertram gab dann betreffend Kurzarbeit, Aussetzen und Pflichtüberstunden eingehende Auskunft, dabei auf die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen verweisend. Nach 4 Uhr schloß er sodann die Konferenz. Der Gauvorstand sei von dem Verlauf der Konferenz befriedigt und es sei gewiß, daß die gefassten Beschlüsse sich fruchtbringend für die Organisation auswirken würden.

Leipzig. Außerordentliche Generalversammlung am 14. September.) Kollege Hesselbarth gab den Geschäftsbericht, dem ein Situationsbericht des Kollegen Zahn über den Schriftsetzereifreistat folgte. In der Aussprache wurde ein Antrag eingebracht, der verlangte, der Verbandsvorstand solle beauftragt werden, in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse neue Lohnverhandlungen einzuleiten. Die Versammlung lehnte den Antrag ab; es kam die Meinung zum Ausdruck, daß dem Verbands- wie dem Gauvorstand volles Vertrauen entgegengebracht werden müsse, um in der Lohnfrage zur gegebenen Zeit die richtigen Maßnahmen zu treffen und diese dann zu einem guten Erfolge zu führen. Der zweite Punkt beschäftigte sich mit der Spartenfrage. Der Gaubeitrag wurde um 10 Pf. ermäßigt. Die Sparten erheben künftig ihre Beiträge selbst. Hierauf erstattete Gewerkschaftsleiter Vorländer seinen Bericht über den Breslauer Gewerkschaftskongreß. In ruhiger, sachlicher Weise verbreitete er sich über den Verlauf der Verhandlungen und ging des näheren auf die Beschlüsse des Kongresses ein. Die große Aufmerksamkeit, mit der die Kollegen dem Vortrag folgten, zeugte von dem außerordentlichen Interesse, das den Beschlüssen des Kongresses entgegengebracht wurde. Reicher Beifall lohnte denn auch die Ausführungen des Referenten. Nur ein Diskussionsredner hatte sich gemeldet, der am Schluß seiner Ausführungen eine Entschlieung zur Annahme empfahl, die zum Ausdruck brachte, daß die Versammlung die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses als unzulänglich erachte und sich zu einer aktiven gewerkschaftlichen und politischen Einheitsbewegung der gesamten werktätigen Bevölkerung bekenne. Der Referent konnte in seinem Schlusswort die Bedenken, die vom Diskussionsredner geltend gemacht wurden, mit Leichtigkeit zerstreuen. Die Entschlieung wurde daraufhin abgelehnt.

Mannheim. Um die Kollegen der zum Bezirk gehörenden Druckorte (Weinheim, Schwabingen, Ladenburg usw.) mehr für das Versammlungsleben zu interessieren, wurde für diese am 30. August eine Mitglie d e r v e r s a m m l u n g in Ladenburg abgehalten, verbunden mit einer kleinen Druckausstellung. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden und Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erhielt unser zweiter Gauvorsitzender Ern st K r a f t das Wort zu seinem Vortrag: „Organisations- und Wirtschaftsfragen“, der den Kollegen viel Wissenswertes auf diesem Gebiete vermittelte und eine aufmerksame Zuhörerschaft fand. Es war nur zu bedauern, daß dieser Vortrag nicht vor einem größeren Kreis von Kollegen gehalten werden konnte, was gelegentlich noch geschehen soll. Nach Schluß der Versammlung wurde ein Spaziergang nach Schwabenheim unternommen zur Besichtigung der neuen Redaktionsanlagen. — In unser am 5. September abgehaltenen Bezirksversammlung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen ehemaligen Geschäftsführer des Tarifamts, Kollegen Schliebs, sowie unserm während seiner Ferienreise verstorbenen Kollegen Helfenstein einen ehrenden Nachruf. Mehrere Kollegen gelangten zur Aufnahme. Unter „Geschäftlichem“ wurde u. a. auch das Ergebnis der Sammlung im Gau Mittelrhein für den inzwischen verstorbenen erblindeten Kollegen Schwarz in Mainz zur Kenntnis gebracht, die die Summe von 3085,75 M. erbrachte. Die zu Neuanschaffungen für unsere Bibliothek vorgesehene Summe von 300 M. wurde auf 542 M. erhöht und für einen neuen Katalog derselben 110 M. vorgesehen. Der nun folgende Vortrag: „Gehvertrags, Erbrecht und Testament“, von Herrn Amtsgerichtsrat F r. U n r u h (Ludwigshafen) führte uns in die Vielseitigkeit dieser Gesetzgebung ein und lehrte auch uns Arbeitern, gegebenenfalls die nötige Nützanwendung daraus zu ziehen. Das Interesse an diesem Vortrag bewies die anschließende Diskussion, und der Herr Referent gab auf verschiedene Anfragen bereitwillig Auskunft. Aus dem nun folgenden Kassenbericht war zu ersehen, daß der Kassenbestand der Bezirkskasse sich Ende des zweiten Quartals auf 4587,63 M. belief. Nach Erstattung des Kartellberichts über zwei Sitzungen bemerkte der Vorsitzende unter „Verschiedenem“, daß gegen das sich wieder bemerkbar machende Restantenunwesen schärfstens vorgegangen werden wird.

Mühlhausen i. Thür. Unser am 6. September in Heiligenstadt abgehaltene Herbst-Bezirksversammlung war sehr gut besucht. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden G e h n e r trug der Langensalzaer Kollegengesangsverein „Gutenberg“ ein Lied vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen hochverdienten Gewerkschaftlers Kollegen Paul Schliebs. Sein Name werde in unserm Bezirk unvergessen sein. Die Versammlung erhob sich aus diesem Anlaß von den Plätzen. Für die Rechnungslegung vom ersten Halbjahr erteilte die Versammlung dem Bezirkskassierer N i e m a n n Entlastung. Den Berichten aus den einzelnen Orten war zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse und der Beschäftigungsgrad bis auf einen Ort (Worbis) gute sind. Aus dem Ort Dinslaken ersuchten fünf Kollegen und zwei Lehrlinge, die zu dieser Versammlung besonders eingeladen waren, um Aufnahme in den Verband bzw. Lehrlingsabteilung, die auch Befürwortung fand. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand ein Referat unseres immer gern gesehenen Gauvorsitzers W i s l a u g (Weimar) über „Gegenwartsfragen“. Daß

die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden waren, das bezeugte der reiche Beifall. In einer kurzen Diskussion wurden die Ausführungen noch unterstrichen. Zum letzten Punkt „Anträge“ fand ein Antrag Mühlhausen einstimmige Annahme, in dem an den Verbandsvorstand die Aufforderung ergeht, baldigst neue Lohnverhandlungen einzuleiten, um die durch die Zoll- und Steuerpolitik bedingte Verschlechterung der Lebenshaltung wieder wett zu machen. Einem weiteren Antrag, dem Bezirkskassierer ein Mantelgeld zu bewilligen, wurde stattgegeben. Ein Antrag des Ortsvereins Langensalza, das Johannistfest 1926 als Bezirksjohannistfest, verbunden mit Bezirkslehrlingstag und 60jähriger Gründungsfester des Ortsvereins Langensalza, zu feiern und den auswärtigen Kollegen das Fahrgeld aus der Bezirkskasse zu bewilligen, wurde angenommen. Der Tarifkommission wurde ein Antrag übergeben, bei der nächsten Tarifrevision dahin zu wirken, daß der Absatz 4 des § 2 des Manteltarifs eine genauere Auslegung über die Ausfüllung von Arbeits- (Kontroll-)zetteln erhält, und zwar dergestalt, daß eine doppelte und dreifache Kontrolle nicht stattfinden darf. Zulässig soll lediglich eine Kontrolle über Zeilen o d e r Zeit sein. Der tägliche Kontrollzettel darf nicht einer Berechnung abgeschrieben werden. In echter Buchdruckerweise blieb man noch nach der Versammlung bei Gesang und Tanz aufhaken.

Waldburg i. Schl. Am 6. September fand in Striegau die gutbesuchte Herbst-Bezirksversammlung statt. Außer Friedland und Landeck waren sämtliche Ortsvereine des Bezirks vertreten. Eine eindrucksvolle Einleitung erhielt diese Tagung durch zwei sehr schön zu Gehör gebrachte gesangliche Darbietungen des Arbeitergesangsvereins Striegau. Sodann eröffnete Vorsitzender K ö h l die Versammlung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Ganz besondere Begrüßungsworte widmete er unserm Verbandsvorsitzenden Seib, der zum erstenmal im Waldburger Bezirk weilte. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Kollege K ö h l des kürzlich verstorbenen Kollegen Paul Schliebs, der als Tarifamtssekretär unserm Gewerbe wertvolle Dienste geleistet hat und allen Kollegen in dankbarer Erinnerung bleiben wird. Ferner gedachte der Vorsitzende fünf braver Bergknappen, die bei einem Grubenunglück im Neuroder Revier ihr Leben lassen mußten. Durch Erheben von den Plätzen erwiefen die Anwesenden den Toten die letzte Ehre. Sodann ergriff Kollege S e i k das Wort und behandelte in erster Linie gewerkschaftliche Fragen. In seinen weiteren Ausführungen wies er auf die vielseitigen Arbeiten hin, die der Verbandsvorstand zu Bewältigen hat. Ferner gab er einen Bericht über den Breslauer Gewerkschaftskongreß. Zur Verwirklichung all der idealen Probleme, die der Kongreß behandelte, sei die Mitarbeit aller Kollegen notwendig. Die Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Sodann gelangte das neu durchgearbeitete Bezirksstatut, das u. a. durch einige Paragraphen über die Lehrlingsabteilung erweitert werden mußte, zur Besprechung und wurde genehmigt. Unter Punkt „Verschiedenes“ unterbreitete der Vorsitzende eine Einladung der Breslauer Druckerkollegen zu einer am 27. September in Diegnitz stattfindenden Wanderversammlung. Ferner wurde ein Antrag eines Kollegen auf Bewilligung von Diäten zur Bezirksversammlung wegen ungünstiger Kassenverhältnisse abgelehnt. Eine kurze Debatte entspann sich über die Gründung von Ferienheimen, und es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß bei sich bietender Gelegenheit auch in unserm Bezirke ein solches geschaffen werden möge.

Weimar. Unser am 11. September abgehaltene Versammlung beschäftigte sich nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten mit der durch die Annahme der Zollgesetze geschaffenen Situation. Alle Proteste und Warnungen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind von der derzeitigen Regierungsmehrheit unbeachtet geblieben. Die durch Annahme der Gesetze vorauszu sehende Verteuerung der Lebensmittel hat eingestuft und wirkt sich auch auf uns Buchdruckergehilfen infolge des auf längere Zeit abgeschlossenen Lohnabkommens sehr ungünstig aus. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die in Weimar am 11. September versammelten Verbandsmitglieder verlangen vom Vorstande aufs dringendste, unverzüglich in Verhandlungen mit der Prinzipalität einzutreten betreffs Abänderung des laufenden Lohnabkommens. Die fortgesetzt steigende Teuerung auf der ganzen Linie drückt das Lebensniveau der Buchdruckergehilfen aufs tiefste und steigert die Not der gesamten Arbeiterklasse ins Unerträgliche, so daß die Notwendigkeit neuer Lohnverhandlungen unvermeidlich wird.“

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jähriges Verbandsjubiläum)

- Seher Wilhelm Hauffler in Stuttgart, geboren in Marbach. Zeitige Kondition: Union, Deutsche Verlags-Gesellschaft, Stuttgart.
- Seher Adolf Heß in Stuttgart, geboren in Freiburg. Zeitige Kondition: Union, Deutsche Verlags-Gesellschaft, Stuttgart.
- Drucker Otto Müller in Stuttgart, geboren in Stuttgart. Zeitige Kondition: Mecklersche Buchdruckerei, Stuttgart.
- Seher Friedrich Scheuermann, geboren in Stuttgart. Zeitige Kondition: „Neues Tagblatt“, Stuttgart.
- Seher Karl Friedrich Schmid, geboren in Lorch. Zeitige Kondition: Bessersche Buchdruckerei, Stuttgart.
- Seher Karl Schmid, geboren in Gröbnitz. Zeitige Kondition: Stähle & Friedel, Stuttgart.
- Seher Walentin Wolff, geboren in Speier. Seit einem halben Jahre Invalide.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Firma „Zentralbureau der deutschen Presse“, Berlin, wurden dem Personal Zuwendungen von 50 bis 150 M. gemacht. — Am 1. Oktober konnten ein Gehilfe auf eine 50jährige und vier Gehilfen auf eine 25jährige Tätigkeit im „Quedlinburger Kreisblatt“, Inhaber Herr Ernst Köppler, zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde vom Geschäftsinhaber für das Gesamtpersonal ein Festessen mit anschließender Fidejussas veranstaltet. Den Jubilaren wurden Geldgeschenke im Betrage von 300, 200 und 150 M. überreicht.

Zweiter internationaler Wettbewerb des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Der in Nr. 8 der „Typographischen Mitteilungen“ ausgeschriebene zweite internationale Wettbewerb, auf den auch wir schon aufmerksam machten, läuft am 15. Oktober ab. Der Wettbewerb dient bekanntlich zur Erlangung eines Entwurfes zum Umschlag der am 15. Januar 1926 erscheinenden neuen maschinentechnischen Zeitschrift des Bildungsverbandes, „Der Graphische Betrieb“. Wie uns vom Vorstand des Bildungsverbandes mitgeteilt wird, findet eine Verlängerung des Einsendungstermins nicht statt. Kollegen, die sich noch an diesem Wettbewerb beteiligen wollen, müssen also umgehend ihre Entwürfe einbringen. Die Beteiligung ist erfreulicherweise sehr rege.

Niedergetroffen. Im Südwesten Berlins wurde in der Nacht zum 7. Oktober ein Maschinensetzerkollege von einem Nachwächter niedergeschossen, der sich eines bedrängten jungen Mädchens angenommen hatte und deshalb von einer Rotte Angegriffener bedröht wurde. Der Kollege, der eine Ahlengestalt hat, versuchte den Streit zu schlichten und wurde dabei nach Aussage des Wächters wider dessen Willen von der Kugel getroffen, die ihm in die Brust drang und die Lunge durchbohrte. Er liegt schwer darnieder im Krankenhaus.

25 Jahre Druckpapier-Syndikat. Um die Jahrhundertwende schlossen sich die Zeitungspapier herstellenden Fabriken zu einem Verband Deutscher Druckpapier-Fabriken, G. m. b. H., zusammen; der Verband feiert also jetzt sein 25jähriges Bestehen und gab aus diesem Anlaß eine Zeitschrift heraus.

Polideutsch. In der „B. Z. a. M.“ vom 7. Oktober lesen wir folgende ergöbliche Zeilen: „Der Absender eines Eilbriefes beschwerte sich bei dem zuständigen Postamt darüber, daß der Eilbrief niemals an seine Adresse gelangt war. Er erhielt folgendes Antwortschreiben: 'Die wegen des Verlustes des von Ihnen am 2. August an Fräulein A. in M. aufgegebenen Eilbriefes im Benehmen mit der Bestimmungspostanstalt angestellten Nachforschungen haben bedauerlicherweise nicht zur Aufklärung der Angelegenheit geführt. Gegen die zutreffenden Falls mit dem Briefe Befassung gehaltenen Beamten liegt kein Verdacht vor.' Gegen den mit der Abfassung der Antwort Befassung gehaltenen Beamten liegt der Verdacht vor, daß er ein Lehrbuch für den Amtsstil deutscher Behörden herausgeben will.“

Der Schöpfer der Reichsverfassung gestorben. In der Nacht zum 9. Oktober verstarb in Berlin infolge Herzschlages Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D. Eine der stärksten Persönlichkeiten der deutschen Demokratie ging mit diesem Manne dahin. Als Staatsrechtler von außerordentlichen Gaben, als akademischer Lehrer und Schriftsteller gleich fruchtbar, stand er von jeher als echter Demokrat unerschrocken an seiner Überzeugung. Am 15. November 1918 wurde Preuß durch Ernennung des Rates der Volksbeauftragten Staatssekretär des Innern. Als solcher verfaßte er seine „Denkschrift über den Entwurf einer vorläufigen Reichsverfassung“, der den Beratungen über die Verfassung von der Weimarer Nationalversammlung zugrunde gelegt wurde.

Von der Akademie der Arbeit. Am 1. Oktober d. J. hat die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. ihren fünften Lehrgang eröffnet. 60 Hörer, darunter fünf Frauen, nehmen an dem neuen Lehrgang teil. 41 davon wurden vom ADGB entsandt. Die Stadt Frankfurt a. M. beifolgt die Akademie mit drei Hörern aus den Reihen ihrer Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die christlichen Gewerkschaften haben offiziell keine Hörer entsandt, doch gehören von den Akademielehrern, die auf eigene Kosten kommen, fünf christlichen Verbänden oder Vereinigungen an. Die Leitung der Frankfurter Akademie liegt in den Händen von Dr. Ernst Mischel.

Der Rechtfertigungsversuch des Reichsarbeitsministers. Die den Gewerkschaften in Aussicht gestellte Denkschrift des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns über den sozialpolitischen Kurs seines Ministeriums, das heißt die Antwort auf die von den Spitzenorganisationen im Anschluß an den Streit um die Meißingerische „Aktennotiz“ aufgeworfenen Fragen, liegt nunmehr vor. Die Antwort ist, wenn man die bestimmten Behauptungen des Unternehmer Syndikus Dr. Meißinger in Berücksichtigung zieht, in jeder Hinsicht unbefriedigend. Die „Aktennotiz“ selbst wird darin mit keinem Wort erwähnt, weil hierzu sich Dr. Siskler noch besonders äußern soll. Zur Lohnpolitik habe das Reichsarbeitsministerium stets den Standpunkt vertreten, daß es in erster Linie Sache der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen sei, sich über die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verständigen. Nur wo eine solche Verständigung nicht gelingt oder eine Partei zu schwach ist, um die notwendige soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, greife das Arbeitsministerium ein. Wo das Ministerium eingreifen müsse, beschränke es sich zunächst auf Bestellung eines Schlichters. Die Unabhängigkeit der Schlichter bezeichne der Minister als besonders wichtig. Deshalb seien in Fällen, in denen das Ministerium schon vorher mit der zu schlichtenden Angelegenheit befaßt war, absichtlich vom Ministerium unabhängige außenstehende Personen zu Schlichtern bestellt worden, so insbesondere auch bei dem Arbeitskampf im Baugewerbe. Ständige Fühlung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen sei zulässig und zur

Information notwendig. Das Ministerium habe sich niemals allgemein gegen Lohnerhöhungen ausgesprochen, sondern jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begrüßt und sich im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten hätten nach einer vom Minister beigefügten Übersicht Schiedssprüche oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnerhöhungen, und zwar zwischen drei und zehn Prozent, erbracht. Bei den Schlichtungsverhandlungen seien bindende Anweisungen niemals gegeben worden. In der sehr ausführlich behandelten Frage der Arbeitszeitgesetzgebung siehe das Reichsarbeitsministerium auf dem Standpunkt, daß das Washingtoner Abkommen von Deutschland nicht ratifiziert werden könne, wenn nicht auch England und Belgien es ratifizierten. Die gesetzliche Regelung könne sich nicht auf die reinen Arbeitszeitvorschriften für erwachsene männliche Arbeiter beschränken, sondern es müßten auch die besonderen Arbeitszeitbeschränkungen für Frauen, Jugendliche und Kinder, wie die Vorschriften über die Sonntagsruhe eingearbeitet werden. Das geplante Arbeitszeitgesetz soll zu einem vollständigen Arbeiterschutzgesetz ausgebildet werden, das eine einheitliche Regelung der heute in den verschiedensten Geleisen und Verordnungen verstreuten Schutzbestimmungen bringt. Bei der Wichtigkeit des Arbeiterschutzgesetzes müßten sonstige Arbeiten unbedingt hinter diesem zurücktreten. Tatsächlich liege zurzeit bereits ein abgeschlossener Kommissionsentwurf vor, der allerdings noch eingehender Nachprüfung bedürfe. Die Denkschrift schließt mit dem Hinweis, daß sich das Reichsarbeitsministerium in all seinen Teilen auch heute noch mit derselben inneren Überzeugung und mit der gleichen Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einsehe, wie es das seit jeher getan habe. Mit den Erklärungen des Reichsarbeitsministers sind die in der sogenannten „Aktennotiz“ von Dr. Meißinger aufgestellten Behauptungen über die Zugeständnisse Dr. Sisklers an die Unternehmerverbände keineswegs restlos aus der Welt geschafft. Auf alle Fälle hat der Unternehmersyndikus mit seiner Selbstverweigerung das Reichsarbeitsministerium in eine sehr heiße Situation gebracht. Erst durch die Praxis wird dieses den Beweis erbringen müssen, daß es sich tatsächlich mit Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einzusetzen gewillt ist.

Mißglückter Preisabbau. Der Verlag des „Montag-Morgen“, einer demokratischen Berliner Wochenzeitung, hatte nach der Ankündigung des Preisabbaues durch den Reichskanzler Lütber am 8. August ein Preisausschreiben für seine Leser veranstaltet, nach dem jene Einsender mit einer Prämie bedacht werden sollten, die am genauesten die Preise, die am 1. Oktober, dem Tage des verheißenen Preisabbaues, galten, im voraus zu bestimmen vermochten. Über 3000 Zusendungen erhielt der Verlag, von denen die Hälfte ihren Glauben an den Erfolg des Preisabbaues dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie geringere Preise als die am Tage der Ausschreibung gültigen für den 1. Oktober prophezeiten. Sie sind schmächtig enttäuscht worden. Recht befehlt jedoch die andre Hälfte der Einsender, die zum Teil ganz erhebliche Preiserhöhungen voraussetzten. Die Lebensmittel, deren Preise zur Grundlage der Ausschreibung gemacht wurden, kosteten am 8. August zusammen 18,38 M. und mußten schon Ende September mit 19,07 M. bezahlt werden. Am 1. Oktober aber traten erst die Zollbelastungen ein. Wenn auch vielfach die Zollausschläge schon vorher erhoben wurden, so ist doch klar, daß die eigentliche Auswirkung des Zollwuchers erst nach dem 1. Oktober voll in Erscheinung treten wird. Das berühmte Preisabbauversprechen war nichts als eine Beruhigungsgeste. Wie sehr diese Geste den beabsichtigten Erfolg gehabt hat, zeigte aber gerade das erwähnte Preisausschreiben des „Montag-Morgen“ — die Hälfte der Einsender glaubte daran.

Die deutsche Gewerkschaftsdelegation in Amerika. Auf dem Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der in der zweiten Oktoberwoche in Atlantic City tagte, wurde, wie der „Vorwärts“ mitteilen konnte, die deutsche Gewerkschaftsdelegation besonders herzlich aufgenommen. Larnow, der im Namen der deutschen Delegation eine Begrüßungsrede hielt, erntete großen Beifall. Nach ihm sprach Purcell, der die amerikanische Federation of Labor einlud, es den Engländern gleich zu tun und mit den Russen eine „Einheitsfront“ zu bilden. Green, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der auf die Begrüßungsreden antwortete, lehnte unter stürmischem Beifall in der eindrucksvollsten Form diese Einladung Moskaus ab. Damit folgte der amerikanischen Gewerkschaftsführer nur dem Beispiel der Exekutive der englischen Arbeiterpartei, die dem vor wenigen Wochen abgehaltenen Parteitag eine Entschließung vorlegte, die den endgültigen Ausschluß der Kommunisten als Einzelmitglieder vorschah, und in der die englischen Gewerkschaften aufgefordert werden, in Zukunft davon abzusehen, Kommunisten als Funktionäre in der Arbeiterpartei vorzuschlagen.

Wieviel Menschen auf der Erde leben. Seit dem Weltkrieg ist man völlig im unklaren darüber, wieviel Bewohner eigentlich die Erde gegenwärtig hat. Vor dem Kriege wurden verschiedentlich Versuche angestellt, die Bevölkerungsziffer der Erde möglichst annähernd festzustellen. Eine genaue Schätzung war aber noch nie möglich, weil gerade in Gebieten, die besonders große Einwohnerzahlen aufweisen, eine zuverlässige Statistik unmöglich war. Besonders aus China, Indien und Teilen von Afrika waren bis jetzt zuverlässige Nachrichten nicht zu erlangen, und die Einwohnerzahl dieser Gebiete konnte deshalb nur schätzungsweise angegeben werden. Nach oberflächlichen Schätzungen betrug die Zahl der Erdbevölkerung im Jahre 1924 etwa 1 Milliarde 800 Millionen Menschen, gegen 1 Milliarde 680 Millionen im Jahre 1910; das beträgt also ein Mehr in 14 Jahren von rund 120 Millionen Menschen, trotz Krieg und Seuchen. Die Bevölkerungsziffer Europas wird auf etwa 450 Millionen Einwohner geschätzt.

Ich weiß Alles!



Wenn ich besitze den
Neuen Brockhaus
Handbuch des Wissens in 4 Bänden.

Bestellen Sie sich auch den Neuen Brockhaus, das erste und einzige vollständige, mehrbändige Konversationslexikon **gegen bequeme Monatszahlungen**

Der Neue Brockhaus gibt mit Wort, Bild und Landkarte auf jede Frage klare, bündige Antwort. Über 9000 Seiten Text, über 10000 Abbildungen, viele farbige und schwarze Tafeln, Karten und Übersichten. Band 1 bis 4 stetig in Halbjahresnummern je 28 M., in gediegenen Halbergenantebänden je 28 M. für die Halbjahresausgabe, bzw. 6 M. für die Halbergenantebände, alle 4 Bände auf einmal gegen monatlich 12 M. bzw. 18 M. ohne jeden Zeitzahlungszuschlag. Sachkarten kostenlos.

Bestellchein: Ich bestelle bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, laut Anzeige in der Korr. (Nichtl. Wchdr den Neuen Brockhaus Band I, II, III, IV, in Halbjahresnummern je 28 M., in Halbergenantebänden je 28 M., gegen bar — gegen Monatszahlungen v. M. Der ganze Betrag — Die 1. Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen. (Nichtgewünschtes freizehren) Erfüllungsort Berlin. Ort u. Datum: Name u. Stand:

Leipziger Handsekervereinigung

Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, im „Schloßkeller“, Dresdner Straße:

Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorsitzenden und des Kassierers. 3. Festlegung der Beiträge. 4. Verschiedenes. Wir bitten unsere Mitglieder, in Anbetracht der Schwierigkeiten, Säle zu Versammlungszwecken zu erhalten, sich diesmal mit dem Donnerstag als Versammlungstag abfinden zu wollen. Infolge der Wichtigkeit der Versammlung ersuchen wir die Mitglieder, vollständig zu erscheinen. Der Saal ist geheizt. Der Vorstand.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Dresdner Kasino“, Dresdner Straße 90:

Vereinsversammlung

Tagesordnung:
1. Neuaufnahmen; 2. Wirtschaftspolitische Vortrag eines Teilnehmers der Rußlanddelegation; 3. Verschiedenes. Die wichtige Tagesordnung macht das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder zur Pflicht. Der Vorstand.

Sonntag, den 25. Oktober, in den Gesamträumen des „Dresdner Kasino“, Dresdner Straße 90:

Feier des 33. Stiftungsfestes

Mitwirkende:
Philharmonisches Orchester (Leitung Herr W. Winnig), Schorsch Kuffell (die sächsische Typen), Margot Ferno (jugendlicher Tanzstar), Lia Perry und Barmner (in ihrem Soubrettenkostüm), Berliner Trio, Kläre Werner (Stimmungsmoderatorin), A. W. Krolow (Konferencier und Chansonneur).

Eintrittskarte 1,60 M. einschließlich Tanz und Steuer. Saalöffnung 3 1/2 Uhr. + Anfang 4 1/2 Uhr. Tanz in beiden Sälen. 661

Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten und im Verkehrslokal zu haben. Die Abrechnung der Eintrittskarten hat spätestens bis zum 23. Oktober zu erfolgen. Die Vergütungskommission.

Kalkulationskursus

Wir veranstalten im kommenden Winterhalbjahr einen Kalkulationskursus für Faktoren und andre Buchdruckangestellte unter gut sachmännlicher Leitung. Auch vorgeschrittene Gehilfen können daran teilnehmen. Die Teilnahme ist kostenlos. Der erste Abend findet, Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Klübschen“, Täubchenweg, statt. 1070

Graphische Branche des Deutschen Werkmeisterverbandes.

Neue Monolinematrizen u. Ersatzteile

erhalten Sie durch den 603
Verein der Monolinebesitzer, Berlin SW 68, Zimmerstraße 94-Dr. Morenhoven, erster Vorkasse.

Sieben erschienen: 7. Ausgabe 1687

„Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe“

von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuesten Buchdruckpraxis, Ausgabe März 1925, 6,30 M. bei Voreinendung, 6,50 M. per Nachn. J. B. Lindl, München, Postcheckkonto 410.

Linotypeseher

(Anfänger), 25 Jahre alt, ledig, wünscht sich per sofort zu verändern. Werte Angebote erbittet
Karl Becker, Erfurt, Yorckstraße 2, II.

Junger tüchtiger Linotypeseher

vierjährige Praxis, flotter, korrekter Seher, guter Maschinenkennner, wünscht sich zum 16. Oktober zu verändern. Gleich wohin. Angebote erbittet
Willi Gästler, Stuttgart, Waihinger Straße 18.

Typographeseher

(U-B) sucht zu sofort Stellung (am liebsten in Berlin). Gest. Angebote mit Lohnangebots erbeten an
Paul Wollmuth, Postfach, Dr. Biegelstraße 7.

Monotypeseher

in wissenschaftlichem Werkstoff gut erfahren, von größerer Drucker in der Nähe Berlins gesucht.
Offerten mit Lohnforderung, Eintrittstermin und Zeugnisabschriften unter Nr. 650 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Kleine Verbandsgeschichte Kleines Verbandslexikon

Offizieller Titel:
**Verband der Deutschen Buchdrucker
Gewerkschaftliche Skizzen über die
Zeit von 1866 bis 1925**

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, verfaßt von den „Korrespondent“-Redakteuren Willi Krahl und Karl Helmholz, erschienen zu Ostern 1925 in 2. Auflage

Ein jüngerer Verbandsfunktionär schreibt: „Mit dem Kleinen Verbandslexikon — so möchte ich die Kleine Verbandsgeschichte nennen — kommt man im Verbands- und im Tarifwesen der Buchdrucker wie wirtschaftlich im Buchdruck- und im graphischen Gewerbe schnell und bestens zurecht und wird auf allen Gebieten gut beschlagen. Sehr ansprechend ist auch die Ausstattung. Wir bestellen von hier noch einmal die gleiche Anzahl.“

Das „Gewerkschafts-Archiv“ (Jena) schreibt: „Was hier auf 80 Seiten untergebracht ist, ist ganz erstaunlich. Trotz des geringen Umfanges der Schrift kann man von einer lückenlosen Geschichte sprechen. Alles natürlich knapp, im Telegrammstil, aber doch übersichtlich und systematisch geordnet.“

Bestellungen werden der Portosparnis wegen am besten örtlich gesammelt aufgegeben.
Preis einchl. Porto 1,20 Mark

BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER

Verlagsabteilung, Leipzig, Salomonstraße 8
Postcheckkonto Leipzig 53430

Leipziger Maschinensekervereinigung

Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ (Gartenfaal):

Versammlung

Tagesordnung:
1. Aufnahmen; 2. Vierteljahresbericht; 3. Vortrag des Kollegen Willi Ledeb (Berlin): Nach Hamburg. — Wir erwarten im Hinblick auf das Referat des Berliner Vorsitzenden zahlreicher Besuch.

Technischer Abend

Donnerstag, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in der „Harmonie“, Rathausstraße, und zwar Linotypeseher im Gesellschaftszimmer, Monotypeseher und Linotypeseher im Saal. 6671 Der Vorstand.

Abzidenzeseher

6668
E. M. Monse, Bahren.

Jeder vorwärtsstrebende Gehilfe sollte wenigstens eine gute Fachzeitschrift regelmäßig lesen.
Die in 20000 Auflage erscheinende Fachzeitschrift

„Klimschs Allgemeiner Anzeiger für Druckereien“

ist seit 50 Jahren das bekannteste und am meisten gelesene graphische Fachblatt. Er bietet in seinem Textteile reichste und vielseitigste Belehrung und steht in seinem bekannten Fragelasten den Gehilfen bei auftretenden Schwierigkeiten aller Art hilfreich zur Seite. Durch seinen reichhaltigen Neuheiten- und Anzeigenteil erfährt der Bachmann rasch, was es an verbesserten Verfahren, Maschinen und sonstigen Arbeitsgeräten sowie Schriften Neues gibt. Sein Stellenmarkt vermittelt aufs schnellste Stellenangebote und -gesuche aller Art zweimal wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt durch die Post 2,40 M. vierteljährlich. Gegen Einfindung von 9,60 M. an uns weisen wir ein Abonnement gleich für zwölf Monate von hier aus ein. Zufendung unter Kreuzband kostet 1,50 M. für den Monat. Bei sofortiger Bestellung werden die Ausgaben vom 1. Oktober ab noch nachgeliefert.

Verlag von „Klimschs Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“, Frankfurt am Main.



Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker Ortsgruppe Berlin

Am Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2:

Zahl- und Leseabend

mit einem kurzen Referat des Kollegen Krüger über die zur Ausstellung gelangenden Messerdrucksachen. Außerdem gelangen die „Typograph. Mitteilungen“ und das vierte Buch der Bücherreihe zur Ausgabe. Das Stiftungsfest findet am 7. November in den „Blumenfäulen“ statt. Karten zu 1,50 M. sind auf dem Gaukartenzettel und bei unseren Veranstaltungen zu haben. Ferner gelangen am 16. Oktober die Karten zum zweiten Sehmachinen-Demonstrationsvortrag am 1. November zur Ausgabe.

Schriftsetzer

stellen ein 1638
Vereinigte Druckereien Zittau.